

# iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 452

Mittwoch, 20. Januar 2010

16. Jahrgang

## Lynchjustiz statt Rechtsprechung

*Auch 2009, insbesondere in den letzten Wochen des Jahres, verzeichnete Guatemala etliche Fälle von Lynchjustiz. Dieses Phänomen ist Ausdruck der Straflosigkeit und des fehlenden Rechtssystems im Land. Guadi Calvo griff das Thema Ende 2008 auf (<http://revista-zoom.com.ar/articulo2782.html>) – sein Artikel wurde im folgenden Text als Grundlage verwendet und mit Beispielen und Aktualisierungen aus kürzlich erschienenen Zeitungsberichten sowie mit der Analyse des Anthropologen Alejandro Álvarez (Interview in La Revista, Diario de Centro América, vom 11. Dezember 2009) „aufgefrischt“.*

Seit 1996, nach fast 40 Jahren Bürgerkrieg, der 200.000 Todesopfer, 500.000 Verschwundene und eine Million Vertriebene forderte, steigt die Gewaltrate in Guatemala exponentiell an. Das Land hat es nicht geschafft, den Fängen von Mictlantecuhtli, dem Señor des Todes – dunkelster Gott der Maya-Mythologie – zu entkommen. Entführungen, Kinderraub, Überfälle und Frauenmorde sind in Guatemala fast an der Tagesordnung. Als Antwort auf diese Gewalt und auf die augenscheinliche Unfähigkeit der Regierung, für Sicherheit zu sorgen, wird vermehrt auf Lynchjustiz zurückgegriffen.

Dieser alarmierende Ausdruck sozialer Missstände ist schon seit Urzeiten bekannt. Aber erst 1780 bekam diese Praxis in Virginia (USA) ihren Namen, als Coronel Charles Lynch befahl, die Kolonisten, die der britischen Krone vermutlich treu waren, ohne vorherigen Prozess aufzuhängen. In den USA sind gemäss Alejandro Álvarez „die ‚lynchings‘ eher rassistischer Natur, um die Bevölkerung afrikanischer Herkunft zu eliminieren. Einige Hypothesen der sozialen Psychologie schreiben Lynchaktionen dem kollektivem Unterbewusstsein und der kollektivem Hysterie zu. Politische Erklärungen gehen eher von der Abwesenheit des Staates aus. Was Guatemala betrifft, existieren jedoch noch keine Studien zu diesem Thema.“

Seit 1996 registrierte man in Guatemala offiziell Hunderte von Fällen von Lynchjustiz. Der erste verzeichnete Fall geschah in der Hauptstadt, als ein im *Parque Central* arbeitender Schuhputzerjunge des Diebstahls einer Brieftasche bezichtigt wurde. Umringt von einer Gruppe von StudentInnen wurde er durch Fussstritte umgebracht. Zwischen 1996 und 2003 gab es laut der UNO-Mission in Guatemala (MINUGUA) 250 Fälle; zwischen 2004 und 2008 zählte man gemäss Daten der *Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM)* 95 Todesfälle durch Lynchjustiz. Im Jahr 2009 erfasste man 109 Vorkommnisse, bei denen 41 Personen starben und 211 verletzt wurden. Auch kamen dabei mindestens acht Polizeifahrzeuge und zwei Polizeistationen mitsamt Zubehör (Computer, Archive, Telefone etc.) zu Schaden. Der materielle Verlust wird auf 1,7 Millionen Quetzales geschätzt. Die Konsequenz davon ist, wie Regierungsminister Raúl Velásquez zugab, dass Gelder, die für die Sicherheit des Landes bestimmt waren, nun für Reparaturmassnahmen benutzt werden müssten. Was natürlich indirekt den Verbrechern zugute komme.

### Wieso zur Lynchjustiz greifen?

Die Wehrlosigkeit der Bevölkerung gegenüber der hohen Gewaltrate in den Städten und auf dem Land, begleitet vom schlechten Ruf des Justizsystems, sind die Hauptursachen der Lynchjustiz. Laut Mario Polanco von der *GAM* ist es „ein klares Zeichen der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den staatlichen Institutionen. Sie vertraut der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder dem Justizsystem nicht. Deshalb hat die Bevölkerung begonnen, das Gesetz selbst in die Hand zu nehmen, was nicht korrekt ist. Es braucht dringend eine Präventionspolitik, der es gelingt, das Vertrauen in die Justiz wieder herzustellen.“

Trotz der fast täglichen Exekutionen sind die aufgeklärten Fälle eher rar. Dies versetzt die Bevölkerung in einen permanenten Zustand der Angst und Unsicherheit. In den ländlichen Zonen hat die Polizei ihren Einfluss verloren: die BeamtInnen befürchten Racheakte als Reaktion auf Verhaftungen, und die Bevölkerung weigert sich aus Angst vor Vergeltungsmassnahmen oder weil sie mit den Exekutionen einverstanden ist, Aussagen zu machen. Dazu kommt eine Art Nachahmungseffekt: Im Wissen drum, dass der Staat nicht die Mittel aufweist, um es zu verhindern bzw. strafrechtlich zu verfolgen, greifen immer mehr Leute zur Selbstjustiz.

Allerdings ist es schwierig, eine Verbindung zwischen der hohen Verbrechensrate und der Lynchjustiz als Antwort darauf, herzustellen. So ist z. B. das Department Sololá einer der Orte des Landes, welcher die wenigsten Mordfälle verzeichnet, aber zwei Fälle von Lynchjustiz innerhalb der letzten Monate erlebte. Die Lynchjustiz wird ausserdem von der Presse unterstützt: oft liest man, dass die Bevölkerung es satt habe, auf die Justiz zu warten und deshalb lynche. Damit wird dies sozusagen toleriert und entschuldigt.

Dazu kommt noch ein rechtliches Problem: das Strafgesetzbuch definiert keine Delikte, die von einer Gruppe begangen werden, d.h. der guatemaltekischen Gesetzgebung ist es nicht möglich, eine ganze Menschenmenge zu belangen. Zur Zeit gibt es ein Gesetzesprojekt im Kongress, das Lynchjustiz als Delikt zu klassifizieren versucht. Neben der aktuellen Gewalt ist auch die gewalttätige Geschichte des Landes eine Ursache der Lynchjustiz. Während des Bürgerkrieges (1960-96) ging die Armee mit politischer Manipulation und mit Gewalt gegen die Zivilbevölkerung vor, was eine Spirale der Gewalt auslöste. Diese wurde mit der Gründung paramilitärischer Gruppen verstärkt, deren Gewalt hauptsächlich gegen die indigene Landbevölkerung gerichtet war. Folge davon waren Völkermord, Menschenrechtsverletzungen, Straflosigkeit und die Zerstörung der sozialen Struktur.

So verwundert es nicht, dass die Bevölkerung heutzutage bei ihren Exekutionen die Methoden von damals kopiert: die Opfer werden vor den Augen der Gemeinde gefoltert und dann verbrannt. Verschiedene Berichte stimmen auch darin überein, dass viele der Anstifter der Lynchfälle Exmitglieder der Zivilpatrouillen PAC sind.

### **Organisierte Spontaneität oder Mayarecht?**

Lynchjustiz sind laut Definition impulsive Handlungen wütender BürgerInnen, die vermeintliche VerbrecherInnen zu bestrafen bzw. hinzurichten versuchen. Aber es gibt starke Hinweise darauf, dass in einigen Fällen, trotz augenscheinlicher Spontaneität die Exekutionen von jemanden geplant oder dazu angestiftet wurden, und zwar aus Gründen wie Rache oder aus wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Oft wird die Lynchjustiz auch als Teil des Rechtssystem der indigenen Bevölkerung dargestellt. Dies ist aber unbegründet. Das mündlich überlieferte Mayarecht erlaubt den Mitglieder einer Gemeinde, die Verbrechen die in ihr geschehen, zu bestrafen. Es erlaubt aber nicht die Todesstrafe. Vielmehr soll das Individuum gegenüber der Bevölkerung blossgestellt werden, damit diese von den Straftaten erfährt, und der oder die Bestrafte muss nach dieser Demütigung das Dorf verlassen. Laut Alejandro Álvarez „geht die Kosmovision der Mayas davon aus, dass man nichts gewinnt, wenn man eine Person bestraft, sondern dass die Person den Schaden, den sie angerichtet hat, wiedergutmachen muss. Als ich 2003/2004 für den Staat arbeitete, stellte ich fest, dass es eine direkte Verbindung gibt zwischen den Gemeinden mit den meisten Fällen von Lynchjustiz und den Gemeinden, die während des Bürgerkriegs am meisten von Massakern betroffen waren. Meiner Meinung nach hat der Krieg die traditionellen Formen der Konfliktlösung zerstört, was dazu führte, dass das Lynchen heute als Antwort auf Konflikte und Gewalt benutzt wird.“ Oft ist auch in den hauptsächlich von Indigenen bewohnten Gemeinden der Staat weniger präsent, was sie anfälliger für Lynchjustiz macht.

### **Aktuelle Beispiele von Lynchjustiz**

Am 27. November 2009 wurden in Sololá zwei Männer und eine Frau gelyncht, da sie vermeintlich einen Busfahrer ermordet hatten. Am 4. Dezember 2009 liessen drei weitere mutmassliche VerbecherInnen ihr Leben in einer Lynchaktion im Departement Huehuetenango. Sie wurden beschuldigt, eine Frau entführt und ermordet zu haben. Ein Tag später wurde im Department Quiché ein Mann gelyncht, der bezichtigt wurde, einen 73-jährigen mit einer Machete zerhackt zu haben. Am 6. Dezember 2009 lynchte ein Mob in der Touristenstadt Panajachel, Departement Sololá, einen vermeintlichen Dieb (von 7000 Quetzales) und versuchte, seine drei Komplizinnen zu töten. Die Frauen wurden von der Polizei durch Einsatz von Tränengasbomben gerettet. Vier Polizeiwagen wurden dabei in Brand gesetzt. Ein weiterer Fall ereignete sich am 8. Dezember 2009 im Departement Huehuetenango: Ein Mob von 40 Personen verfolgte einen 30-jährigen, der drei Tage zuvor einen Einwohner erpresst hatte. Sie schlugen und verbrannten ihn.

Laut Innenminister Raúl Velásquez sind diese Fälle von DrogenhändlerInnen oder GemeindeführerInnen angestiftet worden. Von Seiten des Staates werden Massnahmen diskutiert, um der Lynchjustiz vorzubeugen und den Prozessablauf bei Gericht zu beschleunigen mit dem Ziel, das Bild der Straflosigkeit in der Bevölkerung zu ändern.

Seit 1999 existiert ebenfalls die *Nationale Kommission der Prävention der Lynchjustiz*, die Polizei, Staatsanwaltschaft und Zivilgesellschaft koordiniert. Allerdings ist deren Arbeit oft nicht sehr effektiv, da z. B. in Sololá viele indigene AnführerInnen aus Angst um ihr Leben nicht teilnehmen wollen.

So bleibt also abzuwarten, und währenddessen lacht Mictlantecuhtli, der Señor des Todes, weiterhin.

## Fall Rosenberg – Chronik eines angekündigten Todes

**Guatemala, 13. Jan.** Wer ordnete die Ermordung von Anwalt Rodrigo Rosenberg an und wer bezahlte sie? Diese Frage beschäftigte seit dem 10. Mai 2009 die guatemalteckische und auch die internationale Öffentlichkeit, die PolitikerInnen sowie die zuständigen Untersuchungsbehörden, schliesslich wurden selbst Präsident Alvaro Colom und seine Gattin Sandra Torres von Rosenberg in seinem Video für dessen Ermordung beschuldigt. Nach neun Monaten akribischer Arbeit, an der 300 FunktionärInnen aus elf Ländern beteiligt waren, die zusammen insgesamt 10'000 Dokumente studierten, 135 ZeugInnenaussagen aufnahmen, rund 100'000 Telefongespräche analysierten, gab am 12. Januar 2010 Carlos Castresana, Leiter der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) die Details bekannt, die belegen, dass Anwalt Rodrigo Rosenberg seinen Mord höchstpersönlich in Auftrag gab.

### Der Tathergang

Rosenberg begann mit der Umsetzung des Planes am 4. Mai, als er seinem Chauffeur und Leibwächter Luis Eduardo López Florián den Auftrag gab, zwei Mobiltelefone zu kaufen und dabei zu vermeiden, dass Quittungen auf seinen Namen ausgestellt würden. Der CICIG gelang es, die Videoaufnahmen des Parkplatzes des Warenhauses zu erhalten, in dem López Florián die beiden Telefone kaufte. Dieser gab später zu, diese mit Geld aus Rosenbergs Anwaltskanzlei gekauft zu haben; dort fand die CICIG auch die entsprechenden Quittungen wieder. Danach erzählte Rosenberg seinen Freunden Luis Medizábal, Mario Destarac Fuentes, einem anerkannten Verfassungsanwalt, und Jorge Briz, dem Präsidenten der Handelskammer CACIF, er erhalte vom Telefon mit der Nummer 5775-9747 erpresserische Anrufe. Die CICIG bewies dank der Rechnung, die eben doch auf den Namen des Käufers ausgestellt wurde (hier beging der Chauffeur einen elementaren Fehler), dass diese Nummer zu einem der von López Florián gekauften Telefone gehörte. Nachforschungen, die beim entsprechenden Telefonunternehmen angestellt wurden, ergaben eindeutig, dass die Erpressungsanrufe im Hause Rosenberg sowohl ge-tätigt wie auch empfangen wurden. Diese Anrufe erfolgten mehrmals täglich und dauerten nie länger als zehn Sekunden.

Rosenberg bat die im Pharmageschäft tätigen Brüder Francisco José Váldez Paiz und José Estuardo Valdés Paiz, Cousins seiner ersten Ehefrau, um Hilfe. Er erzählte ihnen, der Erpresser wolle ihn umbringen, doch er wolle ihm zuvor kommen und ihn eliminieren. Die Brüder Váldez wiederum zogen ihren Sicherheitschef Nelson Wilfredo Santos Estrada zu Rate. Dieser kontaktierte Jesús Manuel Cardona Medina alias Memín. Memín ist gemäss Angaben der CICIG der Drahtzieher einer Killerbande, die von William Gilberto Santos Divas angeführt wird und zu der ehemalige und aktuelle Polizisten und ein Militär gehören. Die Bande verlangte 300'000 Quetzales für die Ermordung des Erpressers.

Auch den Bezahlungsmodus hatte Rosenberg genau geplant. Und zwar sollte der ehemalige Kommunikationsminister Luis Alejos eine Schuld begleichen, die er bei Rosenberg hatte, und über eine Bank in Panama einen Check ausstellen lassen, der von Rosenbergs Sekretärin an die Brüder Valdes Pais weitergegeben würde. Alejos gab die Sache mit dem Check bereitwillig zu, hatte aber keine Ahnung, dass Rosenberg damit seine Ermordung bezahlen wollte. Der Check traf auch tatsächlich ein, doch mit drei Tagen Verspätung (bzw. kam er früher, konnte jedoch nicht übergeben werden, da die MitarbeiterInnen der Anwaltskanzlei an der Beerdigung von Rosenberg waren), und als ihn die Brüder Valdes erhielten, war Rosenberg tot, und sie lösten ihn nicht ein, da er Beweismaterial war und bezahlten die 300'000 Quetzales aus der eigenen Tasche.

Die Killer arbeiteten mit mindestens 5 Fahrzeugen. Sie positionierten sich in der Nähe der Avenida Las Américas und der 22. Calle, Zone 14. Am 10. Mai zog Rosenberg seine Sportkleidung an. Bevor er das Haus verliess, rief er Aziza Musa an, die Tochter von Khalil und die Schwester von Marjorie Musa und erzählte ihr, er begeben sich auf „eine Velotour, um etwas vom Stress runterzukommen“. Ebenso rief er die Mörder an und sagte ihnen: „Der Erpresser ist mit dem Fahrrad unterwegs und wird sich für eine Pause auf den Pannestreifen der Avenida Las Américas hinsetzen.“ Gemäss CICIG hielt sich Rosenberg genau an diesen Ablauf, setzte sich hin, hörte mit seinem Walkman Musik und wartete auf seine Mörder, die keine fünf Minuten später ihren Auftrag ausführten und ihn mit fünf Schüssen niederknallten.

Die elf Mitglieder dieser Bande sind seit vergangenem September im Gefängnis, die drei von ihnen, die mit der Staatsanwaltschaft kollaborieren und als Kronzeugen auftreten, bestätigten laut Castresana bloss die bereits kriminalistisch belegten Beweise.

Gegen die Brüder Valdés Paiz wurde laut Castresana ein Haftbefehl wegen Mordes ausgestellt. Die Brüder verliessen bereits am 2. Dezember das Land Richtung Honduras, offensichtlich wurden sie gewarnt. Die beiden Unternehmer wussten nicht, dass der vermeintliche Erpresser in Wirklichkeit Rosenberg selber war, der „sein Leben opferte, um das Land auzurütteln“, wie Castresana sagte. Das Video, das Rosenberg vor seinem Tod aufgenommen hatte und das einen Tag nach seiner Ermordung verbreitet wurde, sollte „eine Veränderung bewirken, quasi ein politisches Erdbeben auslösen“.

### Weshalb das Video?

Das Video, das Rosenberg vor seiner „Erselbstmordung“ aufgenommen hatte, enthält laut Castresana zwar erhellende Informationen, aber keine Beweise. Rodrigo Rosenberg erwähnt darauf weder die Banrural, Anacafé Fedecogua noch die Präsidentengattin explizit, sondern bezieht sich auf die Zeit des Jahreswechsels 2008/09, als Präsident Colom den damaligen Innenminister Francisco Jiménez durch Salvador Gándara ersetzte (¡Fijáte! 426). Rosenberg spricht vielmehr über die Vergabe des Auftrags zur Ausstellung der neuen Identitätskarten, führte er doch als Anwalt im Namen von Luis Mendizábal einen Prozess gegen das Unternehmen Easy Marketing von Grogorio Valdez, offenbar mit finanziellem Rückhalt von Banrural. Mendizábal hatte sich ebenfalls um diesen Auftrag beworben und sah sich durch die Entscheidung, den Auftrag an Easy Marketin zu vergeben, benachteiligt. Rosenberg gewann für Mendizábal den Prozess, dessen Unternehmen heute – mit beachtlichen Problemen allerdings – die guatemaltekischen Identitätskarten ausstellt (¡Fijáte! 437).

### **Was hat Rosenberg dazu getrieben, sich auf diese Weise umbringen zu lassen?**

Gemäss Castresana ging es Rosenberg emotional sehr schlecht. Er hatte vor kurzem seine Mutter verloren, seine (zweite) Ehefrau verliess ihn und nahm die Kinder nach Mexiko mit, und er verlor Mitte April die Frau, mit der ihn eine gefühlsmässig starke Beziehung verband: Marjorie Musa. In einem E-Mail an einen nahen Freund schrieb er: „Ich bin am auseinanderfallen, am sterben.“ Am 21. April kaufte er zwei Särge, einen für Marjorie Musa und einen für sich. Wenige Tage später liess er sich von seiner Sekretärin das Testament aufsetzen und sprach mit einem Priester seines Vertrauens. Am 4. Mai zog er sich aus der Anwaltskanzlei zurück. Zwei Tage später überschrieb er sämtliche administrativen und juristischen Rechte an seinem Vermögen und Besitz an die zwei Kinder, die er aus erster Ehe hatte, und nahm das explosive Video auf. Er hoffte, damit genügend Aufruhr zu generieren, damit die Ermordung der Musas untersucht würde und nicht im üblichen Sumpf der „Impunidad“ verschwinden würde. Umbringen lassen hat er sich zudem – wohl nicht zufällig – am 10. Mai, Muttertag.

### **Effekte und Nebeneffekte**

Dank der Ergebnisse der Untersuchungen der CICIG sind der Präsident Alvaro Colom, seine Frau Sandra Torres sowie sein Privatsekretär Gustavo Alejos vom Verdacht befreit, mit der Ermordung von Anwalt Rosenberg etwas zu tun zu haben. Was aber gemäss Castresana unbedingt weiter untersucht werden muss, ist ihre Rolle im Fall der Ermordung von Khalil Musa und dessen Tochter Marjorie. Colom berief sofort eine Pressekonferenz ein, die er mit folgenden Worten einleitete: „Mein tiefer 58 Jahre alter katholischer Glaube hat mich gelehrt, dass das Gute immer über das Schlechte siegt.“

Das Abhören der Telefone der materiellen Täter trug dazu bei, dass der Mord an Bandenmitglied Idelmo López sowie eine Entführung und ein Banküberfall verhindert werden konnten. Ebenfalls belegten die Untersuchungen, dass der ehemalige Innenminister Salvador Gándara die Gunst der Stunde nutzte, um der Patriotischen Partei von Otto Pérez Molina eins auszuwischen, indem er einen falschen Zeugen bezahlte, der aussagte, er sei von Parteiführer Otto Pérez Molina für den Mord an Rosenberg bezahlt worden. Pérez Molina will diese Sache nicht auf sich sitzen lassen.

Ungeklärt bleibt für Castresana momentan die Rolle von Banrural, über welche die sozialen Fonds der Präsidentengattin laufen. Unklar ist auch, ob und welchen Zusammenhang es zwischen Banrural, Anacafé und der Ermordung der Musas gibt. Castresana hat offenbar keine schlüssigen Beweise. „Es ist sehr schwierig irgendetwas dazu zu sagen. Wir sind erst zwei Monate nach der Ermordung einbezogen worden.“ Doch auch hier bleibt die CICIG dran: sie ist im Besitz von rund 6500 Daten, die analysiert werden, hatte bereits 60 Sitzungen zum Thema und nahm 25 ZeugInnenaussagen zu Protokoll. Die CICIG will nun auch Personal vom Fall Rosenberg abziehen und für den Fall Musa arbeiten lassen. „Die Beweise, die Rosenberg laut Video über die Ermordung der Musas hat, gibt es leider nicht. Es gibt einzig zwei Briefe: einen, in dem Musa seine Ernennung in den Vorstand von Banrural und Anacafé akzeptiert, und einen anderen, in dem er wieder davon zurücktritt. Beweisen tut das noch gar nichts“, so Castresana.

Soweit die Fakten die Carlos Castresana präsentierte, die aber jetzt noch den juristischen Weg gehen müssen. Das an der Pressekonferenz anwesende diplomatische Corps drückte Castresana seine vollumfängliche Unterstützung aus.

### **Reaktionen**

Die elektronischen Foren sind voll von widersprüchlichen Meinungen „Will uns Carlos Castresana Glasscherben für Spiegel verkaufen?“ heisst es seitens eines Skeptikers. Im selben Blog fordern andere User „Castresana for President“. Unabhängig von all diesen Reaktionen hat sich etwas verändert. Der Anwalt, der im letzten Mai zum Helden stilisiert wurde, weil er den Präsidenten und dessen Gattin als seine Mörder bezeichnete, und damit die bisher der Straflosigkeit mit Amnesie begegnenden Bevölkerung aufrüttelte, wurde zu einem emotional angeschlagenen Mann, der absichtlich eine falsche Fährte legte, die sogar für die GuatemaltekinInnen zu viel war und zu sehr den Anschein einer Telenovela trägt.

Wahrheit oder Lüge? Dies herauszufinden, ist Aufgabe der Gerichte. Aber was heisst es für die Leute, die, vornehmlich aus der konservativen Mittelschicht stammend, in weisse Hemden gekleidet wohl zum ersten Mal im Leben demonstrierten, Rosenberg zu ihrem Helden machten und den Rücktritt von Präsident Colom

forderten? „Unglaublich“ sagt, Alejandro Quinteros gegenüber der Reporterin von *Prensa Libre*. Er ist einer der Jugendlichen, die im Mai vergangenen Jahres auf die Strasse gingen und heute einer Gruppe angehört, die sich „Nationale BürgerInnenbewegung“ nennt, die sich aufgrund der Ermordung von Rosenberg gegründet hat. „Enttäuscht? – Nein. Viele Leute zweifeln an der Geschichte. Und unabhängig davon hat Rosenberg in vielem recht, was er sagte, zum Beispiel über die Straflosigkeit, die in Guatemala herrscht“, ergänzt Quinteros. „Er wollte uns etwas Wichtiges mitteilen, aber vielleicht hat er nicht die beste Form dazu gewählt. Das einzige was wir tun können, ist, für seine Seele zu beten.“

„Es ist wie Hollywood“ schreibt ein anderer Internetbenutzer. Offenbar gibt es eine kolumbianische Telenovela, die ganz Guatemala kennt, in der eine der Protagonistinnen ihren eigenen Mörder beauftragt. Die Filmserie endet mit dieser Szene. „Auch mich betrog er“, hiess es in einem anderen Blog. Der Schreiber richtete sich mit dieser Feststellung an alle andern, die wie er „weisse Hemden getragen haben, die uns jetzt zu nichts anderem dienen, als uns damit abzuwischen.“

Der Analyst Edgar Gutiérrez hat mehr Fragen als Antworten. „Wie erklärt man sich, dass jemand, der emotional so durcheinander ist, so durchdacht und geplant vorgeht, sein Erbe regelt, alle finanziellen Fragen löst, Datum und Zeitpunkt genau festlegt – aber keine Sekunde an die Leute denkt, deren Ruf er durch sein Video schädigt?“ Das Schlusswort sei Mario Antonio Sandoval überlassen, der am 13. Januar 2010 in seiner Kolumne in *Prensa Libre* schrieb: „Im besten Fall ist der zweite Akt des Dramas gelöst, der erste hingegen ist immer noch offen. Und solange die Ermordung von Khalil und Marjorie Musa nicht geklärt ist, bleibt der Fall ein Rätsel.“

## Über die Verfassung der Verfassungsrechte

**Guatemala Stadt, 11. Jan.** In der guatemalteckischen Verfassung sind auch die sozialen Rechte verankert. Mit deren Umsetzung hapert es jedoch gehörig. Deshalb haben einige ArbeitnehmerInnen der Wasser-abfüllanlage *Petenera* im Februar 2007 in der Hauptstadt die Gewerkschaft SITRAPETEN gegründet. Die Regierung in Person des Arbeitsministers hat durch eine Vereinbarung ihren Segen und Schutz zu diesem Vorhaben gegeben. Und im Mai 2008 wurde die Gewerkschaft nach fünf Absagen endlich offiziell registriert. Alles wird gut?

Da hatten die GewerkschafterInnen aber die Rechnung ohne das Unternehmen *Agua Salavida* und ihre Besitzer, die Castillos Hermanos, gemacht. Diese schlossen nur wenige Tage nach Registrierung der Gewerkschaft den Betrieb und luden alle ArbeiterInnen ein, neue Verträge an neuen Standorten zu schliessen und weiterzuarbeiten – alle, nur die GewerkschafterInnen nicht.

Sie blieben draussen vor der Tür, doch sie resignierten nicht. Sondern sie quartierten sich kurzerhand auf der *Plaza de la Constitución* ein. Eine Dauerdemonstration für das Recht auf Gewerkschaften. 15 Monate lang hielten die AktivistInnen aus, 15 Monate lang duldeten die Behörden den Protest durch Nichtstun. Am 9. Dezember 2009 wurden sie schliesslich mit Gewalt vertrieben.

Doch die GewerkschafterInnen liessen sich auch dadurch nicht entmutigen. Mit Hilfe von UnterstützerInnen besetzten sie den Platz erneut. Die Medien wurden aktiviert, sogar mexikanische TV-Sender berichteten von dem Protest. Weitere gewaltsame Vertreibungen folgten. Wieder gab es eine Vereinbarung mit einem Ministerium, diesmal mit dem Innenministeriums, das eine ständige Besetzung des „Platzes der Verfassung“ erlaubte. Ebenso wurden Verhandlungen im Büro des Menschenrechtsprokurators angesetzt.

Wer in Guatemala seine Rechte in Anspruch nehmen will, muss einen langen Atem, viel Sitzleder und gute Nerven haben. Da es am 11. Januar 2010 einen Aufruf gab, Protestschreiben an den Präsidenten und den Arbeitsminister zu senden, müssen wir davon ausgehen, dass der Fall weiterhin offen ist. Wer sich weiter informieren will, findet ein Video auf Youtube ([http://www.youtube.com/watch?v=\\_XAiSQOmFeQ](http://www.youtube.com/watch?v=_XAiSQOmFeQ)) und eine Aktionsbeschreibung bei NISGUA ([www.nisgua.org](http://www.nisgua.org)).

## Lago Atitlán: Rettung eines guatemalteckischen Tourismuszentrums

**Panajachel, 9. Jan.** Ob die Mächtigen in Guatemala Fernando Suazos Kommentar in der letzten Ausgabe (*¡Fijáte!* 450) gelesen haben? Zumindest oberflächlich?

Nun, zumindest wurden auf einem Treffen, an dem Präsident Alvaro Colom und sein Kabinett, die Bürgermeister der Gemeinden, die am Atitlan-See liegen, die BesitzerInnen von Hotels und Pensionen sowie die Botschaften von Taiwan und der BRD teilnahmen, erste Massnahmen zur Rettung des total verschmutzten Sees beschlossen. Dazu gehört die Installation von fünf Oxigenatoren (Wasseraufbereiter) nahe Panajachel, das TouristInnen auch als Gringotenango bekannt ist. Nach Angaben des Präsidenten des *Instituts für Gemeindeförderung* Roberto Alfaro sind 18 Wasseraufbereitungsanlagen in Hotelanlagen notwendig, was eine Investition in Höhe von 22 Millionen Dollar erfordern würde. Diese Ausgaben müssten die BesitzerInnen von Hotels und Ferienwohnungen tätigen, denen der Umweltminister Luis Ferraté im Falle der Weigerung, dies zu tun, Geldstrafen androhte.

Die Tatsache, dass der Atitlán-See zu den drei wichtigsten touristischen Zentren zählt, erklärt, dass – wie der beim Treffen anwesende deutsche Botschafter Peter Linder sagte – sich auch die internationale Gemeinschaft über Hilfsmassnahmen Gedanken macht.

Tatsächlich ist die Lage des Sees inmitten von drei Vulkanen traumhaft schön. Ein nachhaltiger, ökologischer Tourismus ist neben anderen technischen Massnahmen unabdingbar, um den See vor dem Umkippen zu bewahren. Bleibt zu hoffen, dass nicht nur die Gemeinden und die Regierung endlich handeln, sondern dass auch die am Tisch sitzenden Hoteliers sich ihrer Verantwortung stellen. Es bleibt nicht mehr viel Zeit.

## Ausnahmezustand in San Marcos

**Guatemala Stadt/San Marcos, 18. Dez.** Am 22. Dezember erliess Präsident Colom ein Dekret, das den Ausnahmezustand im Departement San Marcos verhängt und somit das Recht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit einschränkt. Hintergrund sind die Streitigkeiten zwischen Gemeinden und dem Energieversorger UNION FENOSA bei der Lieferung von Strom.

Aus Sicht des Energieversorgers haben kriminelle Elemente Stromverteilzentren unter ihre Kontrolle gebracht und nur gegen Zahlung von Schutzgebühren die Weiterleitung des Stroms erlaubt. Aus der Sicht der *Widerstandsfront zur Verteidigung des Volkes und der Natürlichen Ressourcen* (FRENA) und GemeindevertreterInnen hat die Union FENOSA ihre Lieferverpflichtungen nicht eingehalten und zudem überhöhte Stromrechnungen versandt, weswegen die Zahlungen eingestellt worden seien.

Bei Gesprächen im Oktober sowie im Dezember soll es eine Kompromissvereinbarung zwischen Gemeinden und der Regierung bzw. Energieversorger gegeben haben. FRENA bezeichnet die darin abgegebenen Versprechen für nicht eingehalten, während einige RegierungsvertreterInnen leugnen, überhaupt Versprechen abgegeben zu haben. Am 13. Januar fanden erneut Gespräche statt, diesmal zwischen FRENA, GemeindevertreterInnen und der Regierung.

Auf dem Rückweg nach San Marcos wurde laut einer Pressemitteilung der Fraktion der URNG-MAIZ eine Vertreterin von FRENA, Evelinda Ramirez Reyes, von Unbekannten erschossen. Die Abgeordneten fordern eine Untersuchung dieses Verbrechens durch die CICIG und die Justiz sowie ein Ende des Ausnahmezustandes, da dieser zur Eskalation der Situation und nicht – wie es die Begründung des Dekrets besagt – zur Sicherheit im Departement beitrage.

## Helen Mack leitet die Kommission für Politische Reformen

**Guatemala, 16. Jan.** Die weltweit anerkannte Menschenrechtsaktivistin Helen Mack wurde von Präsident Alvaro Colom zur Leiterin der Kommission für polizeiliche Reformen ernannt. Mack hat das Amt angenommen. Wie sie in einem Interview mit der *Prensa Libre* erklärte, will sie unabhängig und ohne sich der Kritik an der (Partei-)Politik zu enthalten, Reformprozesse im Polizeiwesen vorbereiten, die vor allem die innere Sicherheit im Lande verbessern. Es bleibt abzuwarten, ob bei dieser Konstellation eine integre, ernsthafte Menschenrechtspolitik in die Regierungsarbeit eingeführt werden kann, oder ob damit – nicht zum ersten Mal – eine kritische Menschenrechtsaktivistin von den Machthabern kooptiert, kontrolliert und als Feigenblatt missbraucht wird.

**¡Fijáte!**

**[www.guatemala.de/Fijate](http://www.guatemala.de/Fijate)**

**Redaktion:**

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Barbara Müller – [barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

**Erscheint vierzehntäglich**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht**

**Herausgegeben von**

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

**Abos:**

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

[barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

[fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

E-Mail-Abo: Euro 50.-